

PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFTSSITZUNG | 21. OKTOBER 2014



KÖNNEN'S PRIVATE WIRKLICH BESSER?

BÜRGERANTRAG ZUR REKOMMUNALISIERUNG DER MÜLLABFUHR

„Private können´s besser!“ So hieß es in den 90er Jahren: Bundesweit haben damals viele Kommunen Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge in die Hände privater Unternehmen gegeben. Auch Bremen folgte diesem Trend und privatisierte 1998 große Teile der bis dato kommunalen Abfallwirtschaft. Der damals mit dem Unternehmen Nehlsen geschlossene Vertrag läuft nun – nach zwei Jahrzehnten – im Jahr 2018 aus.

Jetzt stellt sich die Frage neu: Können es Private tatsächlich besser? Zahlreiche Bremer und Bremerinnen, die einen entsprechenden Bürgerantrag unterschrieben haben, meinen „Nein“ – und fordern die vollständig Rekommunalisierung von Stadtreinigung und Abfallwirtschaft. Heute nun wurde der Antrag im Parlament debattiert.

„Das mehr als 5000 Bremerinnen und Bremer den Bürgerantrag unterzeichnet haben, zeigt, dass sich viele Menschen sich wieder einen stärkeren kommunalen Einfluss auf diesen Bereich wünschen“, betonte der umweltpolitische Sprecher der SPD-Fraktion. Arno Gottschalk machte dabei deutlich: „Das entspricht auch der grundsätzlichen Orientierung der SPD.“

Schließlich gebe es sehr wohl gute Gründe für eine vollständige Rekommunalisierung – angefangen bei der Zusammenfassung von Abfallentsorgung und Straßenreinigung, über Vorteile durch den Wegfall der Mehrwertsteuer, bis hin zur Lösung der sogenannten Rückkehrer-Frage – also dem vertraglichen Anspruch von rund 300 ENO-Mitarbeitern, im Falle eines Konkurses ihres Unternehmens in den öffentlichen Dienst zurückzukehren.



Arno Gottschalk

Dennoch gab Gottschalk zu bedenken: „Während es relativ einfach ist, kommunale Aufgaben zu privatisieren, ist der umgekehrte Weg viel schwieriger.“ Für eine Entscheidung, ob Müllabfuhr und Straßenreinigung künftig vollständig oder nur zum Teil unter das Dach der Kommune zurückgeholt werden sollen, stünden bislang schlicht noch nicht ausreichend Fakten zur Verfügung.

„Klar ist: Mit der damaligen Privatisierung ist Wissen und Know-how verloren gegangen – und es ist nicht ohne weiteres gewährleistet, dass die Kommune bis 2018 Zugriff auf den notwendigen Maschinenpark, auf das notwendige Personal und auf die notwendige Infrastruktur hat“, so Gottschalk. Die generelle Frage laute daher: Ist es in der kurzen Zeit bis 2018 überhaupt zu schaffen, ein eigenes kommunales Unternehmen zur Abfallentsorgung und Straßenreinigung aufzubauen?

Gerade dies und viele weitere Detailfragen seien allerdings auch in einem aktuellen Gutachten zum Thema nicht ausreichend untersucht worden: „Darin wird im Ergebnis ein Beteiligungsmodell statt einer vollen Rekommunalisierung empfohlen – allerdings ohne, dass alle damit zusammenhängenden Fragen geklärt worden sind.“ So könnte beispielsweise bei einem Beteiligungsmodell im schlimmsten Fall die „ungeplante Rückkehr“ der 300 rückkehrberechtigten ENO-Mitarbeiter drohen – auf Stellen die dann gar nicht zur Verfügung stehen. Gottschalk: „Letzlich könnten dem Haushaltsnotlageland Bremen bei einem Fehlschlag geschätzte Kosten von bis zu 130 Millionen Euro – und damit ein echter GAU drohen, den wir unbedingt verhindern müssen.“

Daher bleibe es dabei: „Vor einer endgültigen Entscheidung müssen wir auf die offenen Fragen umfassende Antworten finden – deswegen ist es richtig, dass wir den Bürgerantrag heute zunächst zur weiteren Beratung an die Bau- und Umwelt Deputation überweisen.“